

**Titel** Wirtschaft in der Krise

**AntragstellerInnen** Bayern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Wirtschaft in der Krise

- 1 Die deutsche Ökonomie hat im Zuge der Corona-Pandemie in den Krisenmodus geschaltet. Veranstaltungen wur-  
2 den abgesagt, Geschäfte, Restaurants, Bars und Hotels geschlossen, Betriebe stellten die Produktion ein. Spätestens  
3 ab der Verkündung von Branchenschließungen war klar, dass das Coronavirus nicht nur das Gesundheitssystem ei-  
4 nem Stresstest unterziehen wird, sondern auch eine Belastungsprobe für die Volkswirtschaft darstellt. Entsprechend  
5 verunsichert sind Märkte, Unternehmen, Haushalte.
- 6 Gesamtwirtschaftlich wirkt die Corona-Pandemie wie ein Angebotsschock mit nachgelagertem Nachfrageschock. Da-  
7 bei ist ein angebotsseitiger Schock dadurch charakterisiert, dass er den produzierten Output verändert, und ein Nach-  
8 frageschock dadurch, dass er die nachgefragte Gütermenge beeinflusst.
- 9 Durch die erzwungene Einstellung wirtschaftlicher Aktivität, etwa durch Branchenschließungen, Ausfall von Zuliefer-  
10 betrieben oder mangels Rentabilität, wurde die Gesamtwirtschaft angebotsseitig, das heißt auf der Seite der Un-  
11 ternehmen, einer harten Belastung unterzogen. Auswirkungen dieses Angebotsschocks waren nach kurzer Zeit zu  
12 spüren. Neben den unmittelbaren Folgen wie der Nichtverfügbarkeit von Kinderbetreuung, Kunst und Kultur, Re-  
13 staurants und Friseurbesuchen, ergaben sich auch zahlreiche Langfristeffekte nach kurzer Zeit: Horden von Selbst-  
14 ständigen wurden in die Arbeitslosigkeit getrieben, Restaurants und Bars schlossen dauerhaft, große Unternehmen  
15 wie die Lufthansa gerieten in Schieflage, Millionenverluste entstanden im produzierenden Gewerbe durch den Ausfall  
16 von Lieferketten, Banken schienen plötzlich unsicher, weil ihre Kredite an Unternehmen und Haushalte auszufallen  
17 drohten. Bereits jetzt ist klar, dass die Pandemie unsere Wirtschaft nicht nur kurzfristig beeinflusst, sondern reale  
18 Konsequenzen für die Wirtschaftsstruktur langfristig haben kann.
- 19 Nachfrageseitig treten verzögerte Effekte auf, die allerdings bereits heute zu spüren sind und sich gegebenenfalls  
20 auch langfristig äußern werden. Neben einer Ansteckungsangst, die das Besuchen von Geschäften durch Nachfrager  
21 kurzfristig hemmt und eine Verschiebung der Nachfrage hin zu alternativen Angeboten, etwa Online-Händlern, be-  
22 deutete, hemmte das Virus implizit auch die Kaufkraft der Haushalte. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, we-  
23 niger Neueinstellungen bedeuteten eine Kaufkraftabnahme der Haushalte und damit auch weniger Konsum. Durch  
24 gestiegene Existenzangst, etwa infolge einer höheren Angst vor Arbeitsplatzverlust, wird Konsum in die Zukunft ver-  
25 schoben und gespart. Zudem verschärft die Pandemie infolge der Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft die  
26 Abhängigkeit vom Krisenmanagement der importierenden Staaten: So mag eine Eindämmung der Ausbreitung des  
27 Virus in Deutschland zwar wünschenswert sein, eine ungezügeltere Verbreitung in Ländern wie Frankreich, den USA,  
28 oder China kann langfristig allerdings ebenso realwirtschaftliche Konsequenzen für exportierende deutsche Unter-  
29 nehmen haben.
- 30 Genannte angebotsseitige und nachfrageseitige Effekte legen Schwachstellen der Wirtschaftsstruktur offen: Ein hasti-  
31 ges Ausschütten von Dividenden durch Unternehmen und die damit verbundene geringere Haltung von Sicherheiten  
32 machen Unternehmen krisenanfällig und führen schneller zu kurzfristigen Liquiditätsausfällen. Eine zu sehr am Ex-  
33 port orientierte Wirtschaftsstruktur schafft unkontrollierbare Abhängigkeiten vom Krisenmanagement im Ausland.
- 34 Fehlende Absicherungsmaßnahmen für Selbstständige führen zum Untergang diverser freier Tätigkeiten. Die Unmög-  
35 lichkeit, Mietzahlungen für Gewerbeimmobilien im Krisenfall auszusetzen treibt Geschäfte, Bars, Restaurants und Ge-  
36 werbe in den Ruin. Mangelnde Einflussmaßnahmen des Staates verhindern eine rapide Umstellung der Wirtschaft hin

37 zur Produktion von wesentlichen Gütern, etwa Masken, Medikamenten, Schutzkleidung oder medizinischen Gütern.  
38 Zu geringer Arbeitnehmer\*innenschutz führt strukturell zu hoher Arbeitslosigkeit unter ehemaligen Geringverdie-  
39 ner\*innen und Leiharbeiter\*innen, mangelnder Ausbildungszwang zum Abbau von Ausbildungsplätzen. Dies alles  
40 gilt es langfristig zu korrigieren.

41 Im Folgenden unterscheiden wir zwischen kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung von Wirtschaft und Konsum,  
42 und langfristigen Maßnahmen, die die deutsche Ökonomie künftig weniger krisenanfällig machen.

43 Kurzfristige Konjunkturmaßnahmen

44 Die Bundesregierung hat verstanden, dass auf die Corona-Pandemie mit einem angemessenen Hilfspaket schnell  
45 reagiert werden muss. Sie beschloss zunächst ein Hilfspaket, dem folgte ein Konjunkturpaket.

46 Die staatliche Absicherung von krisenbedingten Risiken über einen Schutzschirm hat oberste Priorität im unmittelba-  
47 ren Krisenmanagement, da sie Kosten solcher Krisen erheblich senken kann. Private Haushalte profitieren unmittel-  
48 bar durch Risikoabsicherung, etwa durch Sozialleistungen wie Kurzarbeiter\*innengeld. Unternehmen werden durch  
49 Schutzschirme vor der Insolvenz bewahrt. Beide Seiten sind von erheblicher Bedeutung in der Eindämmung einer  
50 Wirtschaftskrise, da sie die Ausbreitung von Krisenfolgen hemmen und damit den Absturz der Ökonomie und deren  
51 Auswirkungen auf Unternehmen und Haushalte abfedern.

52 Das Hilfspaket setzte mit der Ausweitung des Kurzarbeiter\*innengelds, mit einem Hilfsprogramm für Selbstständige  
53 sowie mit umfassenden Unternehmenshilfen sicherlich richtige Akzente, auch wenn umfassendere Unterstützungs-  
54 maßnahmen gerade im Bereich des Kurzarbeiter\*innengelds durch Mindesthöhe, des Arbeitslosengelds sowie im  
55 Umgang mit den Anträgen auf ALG-Bezug wünschenswert gewesen wären. Allerdings ist ein Schutzschirm immer  
56 erst der erste Schritt in der

57 Bewältigung einer Krise und darf als Anfang einer wirtschaftspolitischen Antwort auf die Coronakrise verstanden  
58 werden. Er federt Einkommensverluste ab und verhindert so die selbstverstärkenden Effekte von Krisen. Und er hält  
59 Unternehmenspleiten auf, die ansonsten in der Fläche noch verheerende Wirkungen gehabt hätten. Allerdings ist  
60 ein Schutzschirm in aller Regel nicht ausreichend, um eine Ökonomie aus der Krise zu manövrieren. Er kann private  
61 Einkommensverluste nicht vollständig kompensieren und Unternehmenspleiten nicht vollständig verhindern. Zudem  
62 kann er Verunsicherung durch die Pandemie nicht vollständig aufheben, und auch Konsumverhaltensänderungen  
63 nicht vollständig zurücknehmen. Er konnte aber den Absturz der Wirtschaft auffangen und einen harten Aufprall  
64 verhindern, weshalb der Begriff Schutzschirm auch bildlich Sinn macht.

65 Ein Schutzschirm schafft aber keinen Auftrieb. Um eine Wirtschaft aus einer Krise zu manövrieren, braucht es neben  
66 den Sofortmaßnahmen zusätzlichen Anschlag, der sich letztlich in einem Konjunkturpaket finden muss. Klassische  
67 Keynesianer formulieren als Antwort auf Krisen ein Maßnahmenpaket, das auf die Steigerung der gesamtwirtschaft-  
68 lichen Nachfrage abzielt, wobei der Fokus auf dem privaten Konsum liegt. Haben Haushalte mehr Kaufkraft, dann  
69 geben sie dieses aus und helfen somit unmittelbar der Wirtschaft. Zudem ist der private Konsum die größte Kom-  
70 ponente in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, jedoch nicht die einzige; öffentliche und private Investitionen sind  
71 hier ebenso erheblich.

72 Zur Finanzierung eines Konjunkturpakets ebenso wie zur Deckung von Einnahmeausfällen infolge der Pandemie soll-  
73 ten zunächst Nettokredite durch den Bundeshaushalt aufgenommen werden. Ein gutes Konjunkturprogramm muss  
74 also durch eine expansive Finanzpolitik begleitet werden, damit es seine volle Wirkung entfalten kann. Sparmaßnah-  
75 men an anderen Stellen sowie Steuererhöhungen in Krisenzeiten bergen die Gefahr, Konjunkturimpulse im Keim  
76 zu ersticken. Dies verdeutlicht, dass die Politik der schwarzen Null in Krisenzeiten an ihre Grenzen stößt. Ein aus-  
77 geglichener Haushalt als Doktrin der Finanzpolitik mag in wirtschaftlich guten Zeiten nicht stören, in Krisenzeiten  
78 hingegen hemmt ein solches Dogma die Reaktionsfähigkeit des Staates und birgt die Gefahr, Effekte von Krisen man-  
79 gels staatlicher Interventionsfähigkeit zu verstärken und Krisen laufen zu lassen. Es ist nicht generationenungerecht,  
80 ein Krisenpaket auf Pump zu finanzieren, wenn die Maßnahmen Schäden von Wirtschaft und Gesellschaft abwenden.

81 Stattdessen können zukünftige Generationen von solchen Maßnahmen profitieren, etwa weil die Krise ohne staatliche  
82 Intervention deutlich teurer geworden wäre, oder weil langfristige Wachstumseffekte solcher Pakete stark sind. Krisen  
83 sind Situationen, in denen Neuverschuldung den Wohlstand künftiger Generationen verbessern kann.

84 In keynesianischer Manier setzt das staatliche Konjunkturpaket insbesondere auf Konsumanreize, etwa durch die  
85 temporäre Senkung der Mehrwertsteuer, durch Pauschalzahlungen an Familien, durch Erhöhung der Entlastungs-  
86 beiträge für Alleinerziehende, durch Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge, durch Kaufprämien für E-Autos.

87 Gleichzeitig werden angebotsseitig Ausbildungsstellen durch Ausbildungsprämien erhalten, Kulturstätten werden  
88 mittels Hilfsprogramm gestützt, finanziell bedürftige Unternehmen werden durch Fixkostenzuschüsse und Überbrü-  
89 ckungshilfen entlastet. Abschreibungen werden erleichtert, Verlustrückträge ausgeweitet.

90 Städte und Gemeinden werden durch Übernahme von Kosten durch den Bund gestärkt, etwa bei der Unterbringung  
91 von Sozialleistungsbezieher\*innen, Gewerbesteuerausfälle werden kompensiert. Der ÖPNV wird bezuschusst.

92 Als Zukunftsinvestitionen des Bunds sind der Ausbau der E-Auto-Ladeinfrastruktur, das Investitionsprogramm in  
93 Wasserstoff-Technologie, zusätzliche Investitionen im Bereich Digitalisierung und Infrastruktur zu verbuchen.

94 Zweifelsohne ist mittels Konjunkturpaket eine wirtschaftliche Stimulation plausibel. Zweifelsohne liegt der Fokus des  
95 Konjunkturpakets auf keynesianischer Nachfragestimulierung. Und zweifelsohne werden Investitionen in Zukunfts-  
96 technologien wie Wasserstoff auch ihre Spuren im Wirtschaftssystem hinterlassen, so sie denn langfristig forciert  
97 werden. Allerdings finden im Rahmen des Konjunkturpakets auch zahlreiche Luftbuchungen statt, bei denen ohne-  
98 hin geplante Maßnahmen zu Konjunkturmaßnahmen umetikettiert werden.

99 Mit der Fokussierung auf kurzfristige Konsumanreize läuft die Bundesregierung jedoch auch Gefahr, lediglich ein  
100 Strohfeuer zu entfachen und Chancen bei der Transformation der Wirtschaft liegen zu lassen. Bereits vor Ausbruch  
101 des Coronavirus war es nahezu allen politischen Akteuren klar, dass das deutsche Wirtschaftssystem nachhaltiger  
102 werden muss, damit etwa Klimaziele erreicht werden und wir unsere Umwelt nicht unwiderruflich zerstören. Krisen  
103 bringen immer disruptive Elemente mit sich, die eine Umgestaltung der Wirtschaft leichter ermöglichen. In dieser  
104 Hinsicht war die Pandemie eine Chance: Wenn ohnehin Steuergeld in großem Umfang ausgegeben wird, dann kann  
105 dieses nicht nur zur kurzfristigen wirtschaftlichen Stimulation genutzt werden, sondern auch eine Lenkungswirkung  
106 bei Konsum sowie eine transformatorische Wirkung auf die Wirtschaft haben. Wenn wir bereits viel Geld ausgeben,  
107 warum dann nicht für den Umbau hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, für eine reale Verkehrswende, für Bildung,  
108 für öffentliche Infrastruktur?

109 Mittelfristig mit einem Innovationspaket aus der Krise kommen

110 Der Umfang an Investitionsmaßnahmen, die einen konkreten Einfluss auf die Transformation einer Ökonomie haben  
111 können, ist im Konjunkturpaket mit 50 MRD EUR relativ gering. Jedoch spricht viel dafür, dass öffentliche Investitions-  
112 maßnahmen sowohl konjunkturelle Impulse setzen können, als auch die Wirtschaft nachhaltig verändern.

113 Einerseits spricht empirische Evidenz für einen erheblichen konjunkturellen Impuls von öffentlichen Investitionsaus-  
114 gaben gerade in Krisen. Ferner ist Deutschland hinsichtlich Bonität gut auf ein großes Ausgabenpaket vorbereitet.  
115 Drittens sind Investitionen im Gegensatz zu Konsum werterhaltend. Viertens schaffen öffentliche Investitionen si-  
116 chere Aufträge für Unternehmen, die gerade in Krisenzeiten benötigt werden. Und fünftens wird privater Konsum  
117 gegenwärtig weiterhin durch Restriktionen und Angst gehemmt, während öffentliche Investitionen nahezu reibungs-  
118 frei umgesetzt werden können.

119 Bereits vor der Krise stand fest, dass sich die deutsche Volkswirtschaft nachhaltiger entwickeln muss, um die Klimazie-  
120 le zu erreichen und einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Für eine solche sozial-ökologische Transformation  
121 braucht es eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur als notwendige Voraussetzung. Ferner sind in Krisenzeiten  
122 die Opportunitätskosten einer solchen großen Transformation geringer. Beispielsweise werden in den nächsten Mo-  
123 naten zahlreiche Unternehmen nicht voll ausgelastet sein, sodass diese bspw. ihre Anlagen auf umweltfreundlichere  
124 Technologien umrüsten können.

125 Eckpfeiler eines staatlichen Innovationspakets listen wir im Folgenden ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf Umbau  
126 der Energiewirtschaft.

127 Während aktuell die deutsche Volkswirtschaft in der Energieerzeugung wesentlich von fossilen Brennstoffen abhängt,  
128 braucht eine nachhaltige Wirtschaft langfristig notwendigerweise Emissionsneutralität. Hierzu bedarf es eines um-  
129 fassenden Umbaus der Energiegewinnung. Kernpunkt eines staatlichen Innovationspakets muss daher der Ausbau  
130 erneuerbarer Energien sein. Wir fordern deshalb mittels massiver öffentlicher Investitionen einen staatlichen Ener-  
131 giekonzern aufzubauen, der sich auf die Energieerzeugung aus regenerativen Energien spezialisiert. Mittels großer

132 staatlicher Windparks, insbesondere im Offshore-Bereich, einem Flächenausbau der Windkraftanlagen, Solarkraft-  
133 werken, sowie der Schaffung von Speichermöglichkeiten soll der Staat die Erreichung von Klimazielen nicht vom  
134 Gutdünken der Privatwirtschaft abhängig machen, sondern die Energiewende selbst aktiv voran treiben, in denen  
135 staatliche Akteure bereits heute bei der Energiewende eine zentrale Rolle einnehmen.

#### 136 Stärkung der Infrastruktur

137 Infrastrukturell weist Deutschland im internationalen Vergleich ein erhebliches Defizit auf: Schlechte Bahnnetze,  
138 mangelnder ÖPNV und langsames Internet dienen hierbei als Beispiele. Ein Innovationspaket muss demnach ge-  
139 zwungenermaßen die Infrastruktur Deutschlands verbessern. Zentral sind hierbei der Ausbau des Bahnnetzes, wobei  
140 hier ebenso auf die bessere Taktung und höhere Frequentierung von Ballungszentren, wie auch auf eine bessere

141 Anbindung und Verfügbarkeit im ländlichen Raum zu achten ist. Ebenso wichtig ist der Ausbau öffentlicher und CO2-  
142 sparsamer Verkehrsmittel im städtischen Milieu, etwa durch den Aus- und Aufbau von U-, S-, und Trambahnen, sowie  
143 besseren Busnetzen. Für eine Transformation der Mobilität ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur  
144 für E-Autos ebenso bedeutend wie ein Umbau des Güterverkehrs auf die Schiene, sowie die Forschung und Entwick-  
145 lung neuer Antriebsmöglichkeiten für LKWs, etwa durch Strom oder Wasserstoff. Der Ausbau digitaler Infrastruktur  
146 muss, gerade im Hinblick auf die Arbeit der Zukunft, so gestaltet werden, dass sämtliche Haushalte mit schnellem  
147 Glasfasernetz versorgt werden können. Wärmeinfrastruktur in Städten muss ausgebaut werden, um Energie effizi-  
148 enter nutzbar zu machen und CO2-schonendere Alternativen zur Ölheizung anzubieten. Beispielsweise Gasnetze,  
149 Abwärmenutzung oder Fernwärmesysteme.

#### 150 Aufbau eines öffentlichen Wohnungsmarktes

151 Während die Mieten in den Ballungszentren bereits vor einigen Jahren aus dem Ruder liefen, stiegen in den vergan-  
152 genen Jahren auch im ländlichen Raum teilweise die Mieten erheblich an. Hinzu kommen hohe Kosten für den Erwerb  
153 von Grundstücken, die den Neubau von Immobilien hemmen. Diese Entwicklung wurde mit verursacht durch einen  
154 Rückzug des Staates vom Wohnungsbau, sodass verknappte Immobilienangebote die Preise rapide ansteigen ließen.  
155 Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken fordern wir den Aufbau eines umfassenden, staatlichen Wohnungsmark-  
156 tes. Städte wie Wien zeigen eindrucksvoll, wie heterogener Wohnungsmarkt, mit sozial durchmischten Quartieren  
157 anstelle von Reichtumsvierteln, funktionieren kann. Zwingend bedarf es hierfür eines aktiven Staates, der in den Bau  
158 und den Erwerb von Wohnraum investiert. Ein Innovationspaket, welches sich zum Ziel setzt, einen erheblichen Teil  
159 des Wohneigentums in staatlicher Hand zu halten, kann sozial gerechtere Mieten durchsetzen und dem ungezügelter  
160 Privatmarkt Einhalt gebieten. Wohnraum ist kein Spekulationsobjekt:

161 Die Folgen der Krise müssen möglichst breit verteilt werden. Die Immobilienbranche ist derzeit eine der weiterhin  
162 intensiv boomenden Branchen, auch wenn es Abschwächungen gab steigen die Kaufpreise für Häuser und Grund-  
163 stücke sowie Mieten weiterhin. Dabei gehen die Gewinne zumeist auf Kapitalinvestitionen in Wohnraum zurück, der  
164 für die meisten Menschen als existenzielles Grundbedürfnis dadurch immer weniger bezahlbar wird.

#### 165 Zusätzliche Verschärfung der Situation durch die Coronapandemie

166 Bereits vor der Coronapandemie waren die Mieten für viele Menschen nicht mehr bezahlbar, sie betrug teilweise  
167 bis zu 40% des Haushaltseinkommens. Nun kommt für viele Menschen auch noch Kurzarbeit oder ein möglicher  
168 Jobverlust hinzu.

169 Kündigungen von Mietverhältnissen durch Vermieter\*innen sind in der Regel bereits möglich, wenn die Miete zwei-  
170 mal in Folge nicht vollständig gezahlt wird. Richtig und Wichtig war daher der Ansatz, die Stundung von Mieten unter  
171 Ausschluss der Kündigung zu ermöglichen, wenn diese unverschuldet aufgrund der Pandemie nicht mehr gezahlt  
172 werden konnten. Dies galt bis zum 30.6.2020, wurde jedoch nicht verlängert. Dies ist für viele Menschen existenz-  
173 bedrohend, da nun erst der Zeitraum beginnt, in dem die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise mehr und  
174 mehr zu spüren sein werden.

#### 175 Kündigungsschutz bei Mietverträgen

176 Der coronabedingte kurzzeitige Kündigungsschutz muss wieder in Kraft gesetzt werden und im besten Fall lückenlos  
177 zumindest bis zum Ende des Jahres 2020 gelten. Entsprechend der wirtschaftlichen Gesamtsituation ist eine anschlie-  
178 ßende Verlängerung zu prüfen.

- 179 Für die Rückzahlung der coronabedingt ausgebliebenen Miete bleiben den Betroffenen zwar sogar einige Jahre Zeit.  
180 Brisant ist jedoch, dass auf die ausgefallene Miete Stundungszinsen in Höhe von 7% des Betrages anfallen. Angesichts  
181 der aktuellen Niedrig- und teilweise Negativzinsen ein horrender und absolut unverhältnismäßiger Zinssatz.
- 182 Herabsetzung des Stundungszinses bei Mieten: Der Stundungszins für die Rückzahlung von gestundeten Mieten in  
183 Höhe von aktuell 7% ist auf einen der aktuellen Niedrigzinslage angemessenen Betrag herabzusetzen.
- 184 Mietenstopp jetzt!
- 185 In Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt darf die zu zahlende Nettomiete den Wert der ortsüblichen Ver-  
186 gleichsmiete 2020 künftig nicht übersteigen. Dies gilt sowohl bei
- 187 Neuvermietungen als auch bei laufenden Mietverhältnissen. Betriebs- und Nebenkosten sind ausgenommen.
- 188 Überführung von Schlüsselbranchen in staatliche Hand
- 189 Zahlreiche Fehlentwicklungen im Privatsektor werden in der Coronakrise offensichtlich: Ein durchprivatisiertes Ge-  
190 sundheitssystem kommt mit Pandemien nur unzureichend klar.
- 191 Pflegeeinrichtungen funktionieren mangels Personal nur unzureichend. Kritische Infrastruktur, wie Energieversorger,  
192 Verkehrsunternehmen u.Ä. können bei Ausfall verheerende Schäden für die Gesamtwirtschaft und die öffentliche  
193 Daseinsvorsorge bedeuten. Daher ist eine Rückführung kritischer Infrastruktur in staatliche Hand anzustreben.
- 194 Insbesondere Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Infrastruktur wie Straßen, Netze und Energieversorgung, Tele-  
195 kommunikation sowie große Verkehrsunternehmen u.Ä. stellen zwingend notwendige Dienstleistungen bereit, deren  
196 Ausfall sich eine Ökonomie nicht leisten kann. Werden sie zu sehr auf die Ausschüttung von Gewinnen gedrängt, wie  
197 etwa im Kranken- und Pflegesektor, sowie auch im Falle der Lufthansa, so sind sie in Krisen nicht robust und brechen  
198 zusammen.
- 199 Um einen solchen Zusammenbruch zu verhindern, sollten kritische Unternehmen und Branchen dem freien Wett-  
200 bewerb entzogen werden. Eine Überführung in staatlichen Besitz ist daher anzudenken. Dies gilt auch für kritische  
201 Verkehrsunternehmen wie die Lufthansa, deren
- 202 Transformation hin zu einem ökologischen Luftfahrtriesen ohne staatliche Übernahme undenkbar scheint.
- 203 Investitionen in Bildung und Forschung
- 204 Schulen, Hochschulen und Universitäten haben im Verlauf der Pandemie verdeutlicht, dass sie mangels Personalaus-  
205 stattung nur unzureichend reagieren können. Im Homeschooling wurde ein zu geringer Betreuungsschlüssel ebenso  
206 deutlich wie bei der Unmöglichkeit, an Hochschulen große Präsenzprüfungen etwa durch Seminararbeiten zu erset-  
207 zen. Grund hierfür ist eine unzureichende Finanzierung des öffentlichen Bildungs- und Forschungssektors, der es  
208 entgegen zu wirken gilt.
- 209 Mit einem Innovationspaket für Schulen können diese auf bessere Betreuung eingestellt,
- 210 Ganztags- und Gesamtschulsysteme etabliert werden. Gleichzeitig sollten sie technisch und infrastrukturell auf den  
211 Stand der Zeit gebracht werden. Gleiches gilt für Hochschulen, an denen ebenso Personalknappheit wie auch tech-  
212 nische Überalterung vorherrschen. Aus genannten Gründen fordern wir ein Maßnahmenpaket zur deutlichen Erhö-  
213 hung der Zahl der Lehrstühle und wissenschaftlichen Mitarbeiter\*innen.
- 214 Langfristig die Wirtschaft umbauen
- 215 Neben den kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen aus der Krise muss auch überdacht werden, wie wir künftig  
216 derart dramatische Abstürze der Wirtschaft verhindern können. Es zeigt sich, nicht nur im Rahmen der Coronakrise,  
217 sondern auch in den Wirtschaftskrisen davor, dass der Kapitalismus in Zeiten extremer Ereignisse nicht funktioniert,  
218 weil Gewinne kurzfristig abgeschöpft und Verluste langfristig vergesellschaftet werden. Rettete der Staat in der Fi-  
219 nanzkrise gestern noch Banken, so rettet er heute Luftfahrtunternehmen und morgen vielleicht Bauunternehmen  
220 und Chemiekonzerne.
- 221 Gleichzeitig offenbart die Krise auch, dass der Kapitalismus geneigt ist, sie auf dem Rücken sozial schwächerer Perso-  
222 nen auszutragen. Personen in Minijobs und Leiharbeiter\*innen sowie Menschen ohne Gewerkschaftsbindung waren  
223 die vordergründig am stärksten betroffenen Gruppen im Sektor der Arbeiter\*innen. Hier muss ein reformistischer  
224 Ansatz anpacken und die Rechte der betroffenen Gruppen stärken.

225 Auch zeigt ein exportlastiges System in globalen Krisen seine Schwächen: So macht sich die Bundesrepublik durch  
226 die Exportüberschüsse abhängig vom Krisenmanagement im Ausland, etwa den USA, China und Frankreich, und hat  
227 damit die Fäden der eigenen Wirtschaftsprosperität nicht länger in der Hand. Ein Abbau der Exportabhängigkeit ist  
228 damit notwendiges Ziel langfristiger Wirtschaftspolitik. Weniger Exportüberschüsse und mehr Binnenkonsum sind  
229 zwei Seiten derselben Medaille, und höhere Löhne sind das notwendige Mittel zum Abbau dieser Abhängigkeiten.

230 Zuletzt stellt sich die Frage der staatlichen Refinanzierung. Während heute Schulden aufgenommen werden, müs-  
231 sen langfristig ausgeglichene Haushalte erzielt werden, die refinanziert sein wollen. Insofern fordern wir ein sozial  
232 gerechtes Steuer- und Abgabensystem.

233 Eckpfeiler dieser Langfristmaßnahmen skizzieren wir im Folgenden

234 Hin zu Arbeiter\*innenunternehmen

235 Während im Manchesterkapitalismus unternehmerische Risiken noch bei Einzelpersonen lagen, werden Risiken heu-  
236 te immer stärker auf die Belegschaft abgewälzt. Schlechtere Arbeitnehmer\*innenrechte führen zu schnelleren Entlas-  
237 sungen in Krisenzeiten, Leiharbeit erleichtert flexible Belegschaftsführung. Damit schwindet das unternehmerische  
238 Risiko auf Seiten der Kapitalist\*innen, und wird übertragen auf die Gruppe der abhängig Beschäftigten. Gleichzeitig  
239 werden geringe Risikorücklagen gebildet und Unternehmensgewinne, gerade bei großen Unternehmen, rapide aus-  
240 geschüttet. Die Folge ist eine Orientierung am Profit heute, anstelle einer Optimierung des Unternehmens auf die  
241 lange Sicht. Dies ist sowohl aus gesamtwirtschaftlicher Betrachtung, als auch hinsichtlich des langfristigen Unterneh-  
242 menserfolgs, suboptimal.

243 Dem ungezügelt streben nach Gewinn heute muss von systemischer Seite Einhalt geboten werden, indem kapita-  
244 listische Wirtschaftsmechanismen durchbrochen werden. Dabei macht es Sinn, Unternehmen dorthin zu überführen,  
245 wo sie von verlässlicher Stelle und mit einem Interesse an langfristigen Erfolgen geführt werden, nämlich in die Hand  
246 der Arbeiter\*innen.

247 Entsprechend muss die Politik darauf hinarbeiten, dass Unternehmen langfristig in die Hände der Belegschaften über-  
248 führt werden, um sie nicht länger dem kurzfristigen Dogma der Gewinnausschüttung zu unterwerfen. Nachhaltige  
249 Investitionen, ein sicherer Geschäftsplan sowie ausreichende Risikorückstellungen sichern den Erfolg von Unterneh-  
250 mungen und sind mit einer kurzfristigen Gewinndoktrin nicht vereinbar.

251 Arbeiter\*innenrechte stärken

252 Insbesondere durch die Agenda-Politik wurde die Macht der Arbeiter\*innen gegenüber Unternehmen geschwächt:  
253 Schwächere Absicherung durch geringfügige Beschäftigung führten zu leichteren Entlassungen, ebenso wie die De-  
254 regulierung der Leiharbeit. Gleichzeitig führte die Etablierung von ALG2 und geringe Bezugsdauern von ALG1 defacto  
255 zu einer Absenkung der Reservationslöhne für Arbeiter\*innen und in der Konsequenz zu einer höheren Bereitschaft,  
256 schlechtere Jobs zu akzeptieren. Dem folgte eine Unternehmenspolitik, die es möglich machte, Risiken auf die Arbei-  
257 ter\*innen abzuwälzen. Gerade in Krisenzeiten führt eine solche Politik zur Spaltung der Beschäftigten und zu einer  
258 Überbelastung von sozial Schwächeren.

259 Politisches Ziel muss es daher sein, die Arbeiter\*innenseite zu stärken. Deswegen fordern wir höhere Mindestlöhne  
260 größer 14 EUR pro Stunde um armutsfest zu sein, Abschaffung von Minijobs, Re-regulierung von Leiharbeit, Stärkung  
261 der Gewerkschaften etwa durch Flächentarifverträge, und mehr betriebliche Mitbestimmung. So können letztlich  
262 auch höhere Löhne durchgesetzt werden, die Binnenkonsum ankurbeln und Exportabhängigkeiten reduzieren.

263 Exportabhängigkeit reduzieren

264 Hohe Außenhandelsüberschüsse bedeuten, dass mehr Güter exportiert werden, als sie importiert werden. Dauerhaft  
265 bedeutet dies, dass sich die Masse an beschäftigten Menschen in einer Volkswirtschaft die eigenen Güter (oder deren  
266 Substitut in Zahlungsmitteln) nicht leisten kann.

267 Die Exportstärke Deutschlands kann auch als Binnenkonsumschwäche interpretiert werden: Das Ausland kauft die  
268 Güter, weil sie am heimischen Markt nicht bezahlt werden können.

269 Eine solche Exportabhängigkeit ist langfristig problematisch. Einerseits, weil sie immer mehr hypothetische Forde-  
270 rungen ins Ausland aufbaut, die nicht bedient werden können. Andererseits, weil Arbeiter\*innen deutlich mehr Wert  
271 produzieren, als sie letztlich kaufen können, und Nettoinvestitionen durch Unternehmen ausbleiben.

272 Um die Exportabhängigkeit abzubauen muss im Wesentlichen der heimische Binnenkonsum gestärkt werden. Dies  
273 wird einerseits erreicht über eine Verschiebung der Primärverteilung hin zu höheren Löhnen, und andererseits durch  
274 ein Verändern der Sekundärverteilung hin zu einer geringeren Belastung geringer und mittlerer Einkommen (vgl.  
275 unten).

276 Steuersystem umbauen

277 Die Politik der letzten Jahrzehnte reformierte schleichend unser Steuersystem:

278 Unternehmensbesteuerung, etwa die Körperschaftssteuer, wie auch Steuern auf Kapital, etwa die Abgeltungssteuer,  
279 wurden sukzessive so gestaltet, dass Unternehmen und Kapital weniger Anteil am Gesamtsteueraufkommen haben.  
280 Gleichzeitig tragen Konsumsteuern wie die Mehrwertsteuer sowie Lohnsteuern einen erheblich höheren Anteil zum  
281 Steueraufkommen bei. Entsprechend verschob sich die Steuerlast weg von Unternehmen und Kapitalist\*innen hin  
282 zu den Privathaushalten, also insbesondere hin zu Arbeiter\*innen.

283 Diesen Trend gedenken wir mit einer umfassenden Steuerreform umzukehren.

284 Eine sozial gerechtere Einkommenssteuer umfasst höhere Freibeträge, um geringe Einkommen zu schonen, und  
285 steigt anschließend stärker an und auf ein höheres Niveau, um größere Einkommen stärker zu belasten. Wir forcieren  
286 ein Einkommenssteuersystem, bei dem Freibeträge in Höhe von 60% des Medianeinkommens eingeräumt werden.  
287 Ab diesem Einkommen beginnt die Steuer mit einem Eingangssteuersatz von 25%. Der Spitzensteuersatz wird beim  
288 Doppelten des Medianeinkommens erreicht und liegt bei 60%. Damit entlasten wir Einkommen unterhalb von 72.000  
289 EUR p.a. und belasten Einkommen darüber.

290 Zudem wollen wir Kapital stärker besteuern, indem wir die Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden abschaffen und  
291 entsprechende Einkommen mit dem individuellen Grenzsteuersatz besteuern.

292 Die Körperschaftssteuer wollen wir deutlich anheben, auf ein Niveau jenseits von 25%, etwa bei 30%, um Unterneh-  
293 men stärker an der Finanzierung der Staatsausgaben teilhaben zu lassen.

294 Mittels einer Finanztransaktionssteuer wollen wir Spekulationen an der Börse eindämmen. Wir forcieren eine Finanz-  
295 transaktionssteuer im Umfang von 0,1% auf Transaktionen von Aktien, Anleihen, und nicht derivative Finanzprodukte.  
296 Derivate sollen mit 0,01% besteuert werden.

297 Zum Zweck der Umverteilung etablieren wir eine Vermögenssteuer mittels Freibetrag im Umfang von 360.000 EUR.  
298 Ab diesem Einkommen steigt die Vermögenssteuer mit Eingangssteuersatz 0,2% linear an auf 1% bei 1.000.000 EUR.  
299 Weiterhin steigt die Vermögenssteuer linear an auf 2,5% bei 5.000.000 EUR. Selbstgenutztes Wohneigentum wird  
300 nicht mit einbezogen.

301 Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) wollen wir umfassender reformieren, als dies bisher bei der temporären Senkung  
302 der Fall ist. Wir intendieren eine Unterscheidung zwischen Gütern des Grundbedarfs, Alltagsgütern, und Luxusgütern.  
303 Erstere werden nicht besteuert, zweitere pauschal mit 5%, Luxusgüter mit 20%.

304 Hinsichtlich der Erbschaftssteuer wollen wir Freibeträge im je nach Verwandtschaftsgrads festlegen. Diese liegen  
305 beim einfachen Des Medianjahreseinkommens für nicht verwandte Personenn, beim Dreifachen für entferntere Ver-  
306 wandte und beim Fünffachen des Medianeinkommens für nahe Verwandte. Oberhalb der Freibeträge soll Erbe mit  
307 dem individuellen Einkommenssteuertarif besteuert werden. Dabei soll die Steuerschuld über zehn Jahre geglättet  
308 werden können. Für das Vererben von Firmen sind Sonderregeln notwendig.